

Fraktionserklärung SP/JUSO 15.11.17

“Der Islam ist im Grunde seines Wesens eine zutiefst fatalistische Religion.” – So hat es Gemeinderat Beat Feurer an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 28. Oktober formuliert.

Diese Äusserung und vor allem die Schlussfolgerungen, die Beat Feurer daraus zieht, geben der SP/JUSO-Fraktion Grund zur Besorgnis, weshalb wir uns nun zu Wort melden.

Feurers These ist, dass der angebliche Fatalismus des Islams ein Hinderungsgrund für die Integration von Musliminnen und Muslimen sei. Ja, ein “zutiefst fatalistisches” Weltbild kann durchaus die Bereitschaft zu Wandel einschränken und damit auch ein Integrationshindernis sein. Das Problem an Beat Feurers Rede ist aber, dass er ohne fundierte Analyse und auch – wie es scheint – ohne fundiertes Wissen den Islam als “fatalistische Religion” abstempelt und dazu als Gegensatz das Christentum und die “moderne” “westliche Welt” aufführt. Musliminnen und Muslime würden sich als Opfer des bösen Westens sehen, weshalb sie aus eigener Perspektive unfähig seien, selbst etwas an ihrer Situation zu ändern. Daraus schliesst Beat Feurer, dass es bei einer “zunehmend grossen Zahl von muslimischen Migrantinnen und Migranten” “zu mangelnder Integration oder sogar Desintegration” käme.

Als Begründung, weshalb Musliminnen und Muslime fatalistischer als andere religiöse Personen sein sollen, führt Beat Feurer an, dass sich “selbst bestens integrierte Muslime tendenziell als Opfer unserer Gesellschaft” fühlten. Und genau diese - laut Gemeinderat Feurer - selbst angedichtete Opferrolle führe zu mangelnder Integration oder Desintegration. Dabei blendet er aber aus, dass Rassismus und Islamophobie in unserer Gesellschaft keine Einbildung sind, sondern Realität. Beides kann alle Menschen treffen, die keinen Schweizer Bünzlinamen führen, dunklere Haare und Augen haben oder ein Kopftuch tragen.

Dass Musliminnen und Muslime grundsätzlich fatalistischer eingestellt seien als Christinnen und Christen oder andere Gläubige ist also eine nicht-fundierte Behauptung Beat Feurers, die umso problematischer ist, weil damit Musliminnen und Muslime unter einen Generalverdacht der “Integrationsunfähigkeit” gestellt werden.

Beat Feurer macht in seiner Rede auch Vorschläge, wie die (unterstellte) Passivität von (muslimischen) Sozialhilfebeziehenden durchbrochen werden könne. Sein Rezept besteht aus Druck und Sanktionen. Dabei ist auch der Vorschlag, religiöse Musliminnen und Muslime am Freitag während der Gebetszeit zum Sozialdienst zu bitten. Erscheinen sie nicht, gäbe es finanzielle Sanktionen. Dieser Vorschlag ist pure Provokation. Das wäre so, als würde man gläubige Christinnen und Christen sonntags während der Predigt zu den Behörden zitieren. Man mag es als störend empfinden, dass Gläubige ihre Religion über andere Verpflichtungen stellen. Doch die Menschen vor die Wahl «Glaube oder Geld» zu stellen, bringt niemandem etwas. Wer seinen Glauben in dieser Situation hinter seine bürgerlichen Verpflichtungen zurückstellt, wird dies nicht aus Überzeugung tun, sondern aus Zwang. Und er oder sie wird mit dem Gefühl bei den Behörden erscheinen, dass seine oder ihre Religion nicht toleriert wird. **Wer den Staat als Feind der eigenen Religion ansieht, ist empfänglich für religiöse Radikalisierung.** Die von Beat Feurer beschriebenen Tendenzen einer Abschottung und einer generellen Ablehnung «westlicher Werte» mögen bei einem sehr kleinen Teil aller Gläubigen real und besorgniserregend sein. Doch die Frage ist nicht, ob wir

das gut finden oder nicht, sondern wie wir damit umgehen und wie wir diese Tendenzen verhindern können. Ausgrenzung und Abschottung sind Teil einer Dynamik, welche die gesamte Gesellschaft betreffen. **Mit seinen Aussagen trägt Feurer aber selbst zu eben dieser Spaltung der Gesellschaft bei.** Dies ist nicht mit seinem Amt als Sozialdirektor und Vorsteher sowohl der Sozialen Dienste und der Fachstelle Integration vereinbar.

Gemeinderat Feurer differenziert in seiner Rede seine These. Er anerkennt, dass viele Musliminnen und Muslime gut integriert sind und auch der "Fatalismus" je nach Person unterschiedlich stark ausgeprägt sein könne. Diese Klarstellung ist wichtig und richtig. Dennoch überzeugt sie uns nicht, denn Beat Feurer hält an seiner Grundaussage fest, dass Musliminnen und Muslime generell fatalistischer geprägt seien als Zugehörige anderer Religionen oder Kulturen und dass dies ein Problem für die Integration von Musliminnen und Muslimen darstelle. **Diese Behauptung ist klar islamophob.** Ob nun Islamophobie eine Art von Rassismus darstellt, ist kommt auf die Weite der Definition an, ist aber am Ende irrelevant. Klar ist, dass Gemeinderat Feurers Aussagen problematisch sind. Seine Aussagen werden auch von Bieler Musliminnen und Muslimen gelesen und als islamophob und/oder rassistisch wahrgenommen. Damit sabotiert Feurer seine Arbeit als Gemeinderat und auch jene seiner Mitarbeitenden. Soziale und wirtschaftliche Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der auf der Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten beruht. **Mit seinen islamophoben Äusserungen hat Feurer die dafür benötigte Vertrauensbasis bei denjenigen Menschen zerstört, die er eigentlich erreichen sollte.**

Was wollen wir nun mit dieser Fraktionserklärung erreichen?

Für uns hat Beat Feurer klar eine rote Linie überschritten: Es ist nicht akzeptierbar, dass ein Gemeinderat islamophobe Aussagen tätigt.

Die Fraktion SP/JUSO fordert Beat Feurer deswegen dazu auf

- 1) erstens seine Äusserungen zu erklären und sich damit auseinanderzusetzen, wie sich seine Aussagen auf sein Amt als Gemeinderat auswirken. Wir erwarten eine klare Distanzierung von Beat Feurer. Nicht nur eine Distanzierung von Islamophobie und Rassismus, sondern eine **Distanzierung von seiner Grundaussage**, dass Musliminnen und Muslime tendenziell fatalistisch eingestellt und damit weniger integrationsfähig seien.
- 2) Zweitens fordern wir, dass sich Beat Feurer und die Direktion Soziales und Sicherheit klar und deutlich dazu bekennen, dass **soziale und wirtschaftliche Integration nicht von der Religion einer Person abhängig gemacht** werden. Denn auch die Ungleichbehandlung von christlichen und muslimischen Gläubigen widerspricht dem säkularen Staatsprinzip.
- 3) Drittens fordern wir die Stadt Biel und insbesondere die Fachstelle Integration dazu auf, den **Interreligiösen Dialog in Biel zu fördern**. Dabei ist wichtig, dass dieser Dialog nicht nur zwischen Stadtbehörden und muslimischen Institutionen geführt wird, sondern, dass die ganze Bieler Bevölkerung involviert wird. Nur so können wir ein friedliches und konstruktives Zusammenleben der Religionen fördern.